Nachrichten aus dem netz.

DER NEWSLETTER DES EUROPÄISCHEN NETZWERKS GEGEN ARMUT

Nr. 121 | Jan– Febr | 2007

Leitartikel

Armut und soziale Ausgrenzung müssen Herzstück der EU-Agenda werden!

Jetzt ist es offiziell ... Nach Angabe des Gemeinsamen Berichtes über Sozialschutz und die soziale Eingliederung, den Kommissar Spidla am 20. Februar 2007 vorlegte, sind 16 % der Europäerinnen und Europäer weiterhin von Armut bedroht, und 10 % leben in erwerbslosen Haushalten. Noch schockierender ist, dass sich diese Zahlen seit Beginn der Lissabonner Strategie kaum verändert bzw. in einigen Fällen sogar verschlechtert haben. Dass es weiterhin eine so hohe relative Armut in der EU gibt, zeigt, dass die Politik dabei gescheitert ist, die Früchte des Wachstums umzuverteilen und eine Gesellschaft mit größerer Gleichheit zu fördern.

Die EU muss eingestehen, dass es ihr nicht gelingt, Armut und soziale Ausgrenzung zu beseitigen; ferner muss sie diese Themen wieder zum Hauptschwerpunkt der offenen Methode der Koordinierung im Bereich Sozialschutz und soziale Eingliederung (OMK) und der erweiterten Lissabonner Strategie machen. Effektive Strategien zur Armutsbekämpfung müssen mit einer Analyse der Gründe für Armut beginnen und auf Grundrechten basieren. Menschen Zugang zu vernünftigen Jobs zu verschaffen ist zwar ein wesentliches Element, doch gehört auch die Verpflichtung dazu, allen Menschen ein adäquates Einkommen zu bieten, das ihnen ein Leben in Würde ermöglicht, sowie - unabhängig von ihrem beruflichen Status – der Zugang zu qualitativ hochwertigen Dienstleistungen.

Umfassende Strategien zur Armutsbekämpfung müssen daher der Notwendigkeit, Ungleichheiten anzugehen, Rechnung tragen und auch sämtliche im Prozess der sozialen Eingliederung identifizierten Hauptprioritäten in Angriff nehmen. Um dies zu erreichen, sind Schritte vonnöten, die der OMK Wirksamkeit verleihen und ihre Rolle innerhalb der gesamten Lissabonner Strategie stärken..

Fintan Farrell
Vorsitzender des EAPN

Schwerpunktthema: Armut auf der EU-AGENDA

INHALT

Armut auf der EU-Agenda

- Was bringen die nationalen Strategien (2006-8) den Menschen, die von Armut betroffen sind? Eine Einschätzung des EAPN? 2
- Das Beste kommt erst noch! 2
- Armutsraten in Europa 2000-2004 3
- Interview mit Jérôme Vignon, Direktor der Generaldirektion Beschäftigung, zuständig für Sozialschutz und Eingliederungspolitik 5
- Die offene Methode der Koordinierung: Bald ein wirksames Instrument gegen Armut? 6
- Wie bewerten europäische Organisationen die Straffung? 6
- Straffung – was ist das eigentlich? 8
- Von nirgendwo nach ... irgendwo: Die Beteiligung aller Akteure am belgischen NAP /Eingl 2006-2008 8
- Das fünfte Treffen von Menschen, die von Armut betroffen sind, fordert eine stärkere Beteiligung am EU-Prozess zur sozialen Eingliederung 9
- Lissabon stellt die Teilhabe am Arbeitsmarkt für Migranten und ethnische Minderheiten nicht sicher 10
- Kombilohn und Mindestlohn in Deutschland – Der Stand der Dinge 11

Nachrichten aus Bulgarien 12

Das Beste kommt erst noch!

Die Lissabonner Strategie wurde auf drei Säulen aufgebaut: Wettbewerbsfähigkeit, mehr und bessere Arbeitsplätze und soziale Eingliederung. In jüngster Zeit gab es eine Schwerpunktverlagerung der Strategie hin zu Wachstum und Beschäftigung, was zur Dominanz einer enggefassten wirtschaftlichen Perspektive führte.

Folgende Hauptdokumente stellen die wichtigsten Stufen der überarbeiteten Strategie dar:

· "Nationale Berichte über Strategien zu Sozialschutz und sozialer Eingliederung" und, auf europäischer Ebene, der jährliche "Gemeinsame Bericht über Sozialschutz und die soziale Eingliederung". Diese Strategien sollen einen Beitrag zur Wachstums- und Beschäftigungsagenda leisten ("Feeding-in").

· "Nationale Reformprogramme", die auf integrierten Leitlinien für die Makro- und Mikroökonomie und die Beschäftigung basieren sowie, auf europäischer Ebene, der "jährliche Fortschrittsbericht". Die Schlussfolgerungen des Frühjahrsgipfels basieren auf diesem Bericht und sollen aufzeigen, inwieweit die übergeordnete Strategie zum sozialen Zusammenhalt beiträgt ("Feeding-out").

Bislang wird in der Realität jedoch ein starker Akzent auf das "Feeding-in" gelegt, und es gibt nur spärliche Bemühungen, ein entsprechendes "Feeding-out" zu erreichen. Das Ergebnis sieht nach sechs Jahren so aus, dass EAPN-Mitglieder steigende Armut konstatieren sowie die Aushöhlung von auf Rechten basierenden Ansätzen und ein abnehmendes Vertrauen in die Fähigkeit unserer politischen Institutionen, den sozialen Zusammenhalt zu sichern. Eine EU, die nah an den Bürgerinnen und Bürgern dran sein möchte, muss auf diese Tatsachen reagieren, und daher bleibt uns nur zu hoffen, dass das Beste erst noch kommt!

Fintan Farrell, Vorsitzender des EAPN

Armut auf der EU-Agenda

Was bringen die nationalen Strategien (2006-8) den Menschen, die von Armut betroffen sind? Eine Einschätzung des EAPN.

Im Jahr 2006 wurde die EU-Strategie zur sozialen Eingliederung auf europäischer Ebene "gestrafft". Die soziale Eingliederung, Renten, die Gesundheitsversorgung und Langzeitpflege wurden in einer einzigen EU-Strategie zusammengebracht, der so genannten offenen Methode der Koordinierung (OMK) im Bereich Sozialschutz und soziale Eingliederung. Diese Strategie interagiert mit der Lissabonner Strategie und zeigt, wie Sozialpolitik ein produktiver Faktor sein kann (‚Feeding-in'), während die Lissabonner Strategie aufzeigen soll, inwiefern sie zum sozialen Zusammenhalt beiträgt (‚Feeding-out').

Ein zentraler Bestandteil dieser Strategie ist die Vorbereitung nationaler Berichte über Strategien zu Sozialschutz und sozialer Eingliederung (Nationale Berichte), in deren Rahmen nationale Aktionspläne zur sozialen Eingliederung weiterhin einen individuellen Schwerpunkt bilden. Der vorliegende Artikel fasst die Ansichten des EAPN zum Eingliederungsabschnitt in der ersten Runde der Nationalen Berichte zusammen.

Politische Maßnahmen in den Nationalen Berichten

Die meisten Nationalen Berichte gehen Fragen zu folgenden Themen an: Kinderarmut (Intervention schon in den ersten Jahren sowie Kinderbetreuung), Bildungsbereich (Schulabbrecher und lebenslanges Lernen), Arbeitslosigkeit (geringe Qualifikationen), Aktivierung (in Verbindung mit Einschränkungen) und qualitativ hochwertige Dienstleistungen (Angemessenheit und Nachhaltigkeit von Dienstleistungen). Darüber hinaus konzentrieren sich viele der Nationalen Berichte auch auf das Thema Pflegebedürftigkeit bei älteren Menschen und auf die Notwendigkeit, Fragen in Zusammenhang mit Obdachlosigkeit anzugehen.

Die Gleichstellung der Geschlechter wird in den Nationalen Berichten ebenfalls angesprochen, jedoch hauptsächlich in Hinblick auf die Arbeitsmöglichkeiten für Frauen. Migranten betreffende Themen werden zwar genannt, doch beziehen sich die ziemlich allgemeinen Maßnahmen auf Sprachunterricht. Für die Roma werden einige multidimensionale Strategien präsentiert. Die Situation ethnischer Minderheiten wird in den meisten Berichten nur unzureichend angegangen.

Der multidimensionale Ansatz in der Politik zur Bekämpfung der Armut wird nicht einheitlich angegangen. Die Familienpolitik konzentriert sich z.B. häufig auf die Aufgaben von Familienmitgliedern, auf deren Verhalten innerhalb der Familie bzw. auf familiäre Verpflichtungen - die staatlichen Unterstützungsmaßnahmen für Familien werden jedoch weniger betont. Die Wohnungspolitik befasst sich kaum damit, dass der Bau von erschwinglichen Wohnungen im großen Stil vonnöten ist.

> **"Die Maßnahmen in den Nationalen Berichten reichen nicht aus, um Armut wirksam zu bekämpfen"**

Und schließlich wird nur wenig zum Thema Aufmerksamkeit und Verständnis für Armut in der Öffentlichkeit gesagt, das angegangen werden muss, wenn die Regierungen die ‚Erlaubnis' ihrer Wählerinnen und Wähler erhalten möchten, um Mittel für den Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung umzuverteilen.

Die EAPN-Netzwerke sind zwar generell der Meinung, dass die Maßnahmen in den

jeweiligen Nationalen Berichten nicht ausreichen, um Armut wirksam zu bekämpfen, doch berichteten die meisten Netzwerke von guten Maßnahmen, und einige Netzwerke (Frankreich, Portugal, Malta, Schweden) sind der Ansicht, dass die Maßnahmen in die richtige Richtung gehen. Einige Netzwerke fanden jedoch auch, dass die Maßnahmen auf dem Papier besser sind als in der Praxis (Polen, Niederlande), während andere wiederum meinten, dass die genannten Maßnahmen zu allgemein gefasst sind (Deutschland, Österreich).

Welche politischen Prioritäten stehen in den Nationalen Berichten?

Die Kommission identifiziert in ihrem Entwurf des Gemeinsamen Berichtes 20072 zwei Hauptprioritäten aus den Nationalen Berichten, nämlich Kinderarmut und aktive Einglie-derung. Der Entwurf des Gemeinsamen Berichtes nennt ebenfalls weitere Prioritäten, und es ist zu hoffen, dass die früher festgelegten Prioritäten (auch die vom Treffen des Rates EPSCO3 im März 2005) nicht in Vergessenheit geraten.

Angesichts der Tatsache, dass Kinder eher von Armut betroffen sind als Erwachsene, ist auch das EAPN der Meinung, dass Kinderarmut unbedingt angegangen werden muss. Nationale Netzwerke machen sich jedoch Gedanken darüber, was sich hinter der potenziellen Schwerpunktsbeschränkung von Armut auf Kinderarmut verbirgt. Aus den Netzwerken war u.a. zu hören ‚In armen Familien findet man nicht viele reiche Kinder'' oder ‚Das Verhalten der Kinder ist nicht der Grund für Armut'.

Die Netzwerke des EAPN befürchten, dass der Schwerpunkt auf Kinderarmut darauf hindeuten könnte, dass die Regierungen nicht weiter Strategien unterstützen wollen, die auf einem universellen Sozialschutz beruhen (einschließlich für alleinstehende Erwachsene) und sich mehr auf Strategien konzentrieren, die die Verantwortung wieder auf die einzelnen Familien ausrichten.

Die EAPN-Netzwerke können noch nicht genau beurteilen, wo der Unterschied beim Gebrauch der Begriffe ‚aktive Eingliederung' und ‚Aktivierung' zur Beschäftigung liegt. Viele Netzwerke sind daher angesichts der ihrer Meinung nach zunehmenden Auferlegung zwangsweiser Aktivierungsmaßnahmen frustriert, die nicht notwendigerweise die Situation von Menschen, die von Armut betroffen sind, verbessern. Und so fragte der Ansprechpartner eines Netzwerkes ‚Was ist eigentlich mit der SOZIALEN Eingliederung los?'. Darüber hinaus sind die Netzwerke der Ansicht, dass es nur wenige starke Maßnahmen für jene Menschen gibt, die auf dem freien Arbeitsmarkt keine Stellen bekommen können, und viele Netzwerke würden auch gerne mehr Maßnahmen zur Förderung von Arbeitsplätzen in der Sozialwirtschaft sehen. Außer im Nationalen Bericht aus Finnland gibt es nur wenige Überlegungen, ob die aktuellen Arbeitsmärkte überhaupt fähig sind, all jene aufzunehmen, die arbeiten möchten.

"Die Einbeziehung von Menschen, die von Armut betroffen sind, ist beschränkt"

In den meisten Nationalen Berichten fehlt die eher ganzheitliche Vision der Kommission bezüglich der aktiven Eingliederung, die sie in ihrer jüngsten Mitteilung4 präsentierte und die berücksichtigt, dass es bei ‚aktiver Eingliederung' nicht nur um Beschäftigung geht, sondern um eine ausgewogene Kombination aus adäquatem Einkommen, Zugang zu qualitativ hochwertigen Dienstleistungen und der Aktivierung zur Beschäftigung.

Insgesamt wollen die nationalen EAPN-Netzwerke, dass mehr politische Energie auf den Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung gerichtet wird. Außerdem fordern sie das Eingeständnis, dass sozialpolitische Instrumente nicht ausreichen werden, um Armut anzugehen, und dass andere politische Maßnahmen, insbesondere wirtschaftspolitische, hier ihren Beitrag leisten müssen.

Armutsraten in Europa 2000-2004

Estland	18	18
Deutschland	10	13
Irland	20	20
Finnland	11	12
Frankreich	16	13
Griechenland	20	20
Ungarn	11	13
Italien	18	19
Lettland	16	19
Litauen	17	21
Luxemburg	12	13
Malta	15	15
Niederlande	11	11
Polen	16	21
Portugal	21	20
Rumänien	17	18
Slowenien	11	12
Slowakei	:	13
Spanien	18	20
Schweden	:	9
Vereinigtes Königreich	19	19
EU-25	**16**	**16**

Quelle: SILC (2005) - Einkommensjahr 2004 (Einkommensjahr 2005 für Irland und das Vereinigte Königreich); abgesehen von Bulgarien und Rumänien - Die Schätzungen basieren auf der nationalen Haushaltsbudgetuntersuchung

Governance der Strategie

Sämtliche Mitgliedstaaten behaupten, über einige bzw. alle der folgenden institutionellen Mechanismen bei der Erstellung der Nationalen Berichte, insbesondere bei den Kapiteln zum Thema Eingliederung, zu verfügen: Koordinierungseinheiten, intermini-sterielle Ausschüsse, nationale Treffen und Mechanismen für Akteure. Einige Länder haben zusätzlich regionale Mechanismen (Ungarn, Lettland). Mechanismen zur Umsetzung und Überwachung werden jedoch kaum erwähnt.

Das EAPN ist der Ansicht, dass die folgenden Bereiche im Governance-Prozess unterentwickelt sind:

- Einbeziehung der nationalen Parlamente und des Europäische Parlaments.
- Die Einbeziehung der regionalen und lokalen Ebene.
- Die Auswirkung der Nationalen Berichte auf die Lissabonner Strategie.
- Das Ziel ‚Mobilisierung der Akteure', das sich in der Praxis auf die Eingliederungsdimension beschränkt.
- Die weiterhin beschränkte Einbeziehung von Menschen, die von Armut betroffen sind.

Folgende Governance-Aspekte halten die nationalen EAPN-Netzwerke für positiv:

- Die Fähigkeit, die Strategien und Maßnahmen der Mitgliedstaaten zu vergleichen.
- Ein einheitliches Follow-up bei thematischen Ansätzen, das Regierungen und weiteren Akteuren transnationales Lernen ermöglichte.
- Strukturierterer Zugang von NRO und anderen zu politischen Entscheidungsträgern.
- Die sozialpolitische und europapolitische Sachkenntnis des EAPN wird national besser anerkannt.

Allerdings ist klar, dass es zwischen den Mitgliedstaaten große Unterschiede bei der Intensität der Bemühungen gibt, in eine wahrhaft offene Methode der Koordinierung zu investieren. Zwar hat sich ‚Bloßstellen' als nicht hilfreich erwiesen, doch müssen die künftigen Gemeinsamen Berichte genauer beinhalten, in welchem Ausmaß die Mitgliedstaaten versuchten, alle relevanten Akteure in den Prozess einzubeziehen.

Schlussfolgerungen

Sechs Jahre nach Einführung der Lissabonner Strategie sieht die Wirklichkeit nach Ansicht der EAPN-Mitglieder so aus, dass Armut und Ungleichheit in den meisten Ländern zugenommen haben, dass auf Rechten basierende Ansätze Druck ausgesetzt sind und dass das Vertrauen in die Fähigkeit unserer politischen Institutionen zur Sicherung des sozialen Zusammenhalts abnimmt. Diese Ansicht lässt sich nur schwer durch eindeutige Statistiken belegen, doch die existierenden Hinweise in Form von EUROSTAT-Statistiken, nationalen Statistiken, der Anzahl der arbeitenden Armen usw. tendieren dazu, diese Meinungen zu bestätigen.

Die EAPN-Mitglieder sind jedoch überzeugt, dass diese Tatsachen kein Grund dafür sind, die bestehenden Prozesse aufzugeben, sondern dass eher der Zeitpunkt gekommen ist, den Kampf gegen Armut zu verstärken. Erst dann werden die Worte aus den Schlussfolgerungen des Frühjahrsgipfels 2006, nämlich dass ‚die Lissabonner Strategie dem sozialen Zusammenhalt dient', eine echte Bedeutung erhalten.

Das EAPN möchte, dass auf dem Frühjahrsgipfel 2007 der europäische Wille, bis zum Jahr 2010 einen entscheidenden Beitrag zur Bekämpfung von Armut zu leisten, erneut unterstrichen wird.

Sian Jones
EAPN, Verantwortl. Politik

---

1 Dieser Artikel basiert auf einem Artikel von Katherine Duffy, Vorsitzende der EAPN-Prüfungsgruppe zur sozialen Eingliederung, der zuerst in Newsletter Nr. 4 des OASI-Projekts veröffentlicht wurde (www.oasi-eu.org).

2 Die endgültige Version des Gemeinsamen Berichtes sollte auf dem Treffen des Rates EPSCO im Februar 2007 beschlossen werden.

3 http://ue.eu.int/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/lsa/84176.pdf"

Welchen Platz nehmen Fragen in Zusammenhang mit Armut auf der EU-Agenda ein?

Interview mit Jérôme Vignon, Direktor der Generaldirektion Beschäftigung, zuständig für Sozialschutz und Eingliederungspolitik

EAPN: Das EAPN ist besorgt über die Tatsache, dass die Verpflichtung der EU, einen entscheidenden Beitrag zur Beseitigung von Armut zu leisten, fast aus dem Lissabonner Prozess verschwunden zu sein scheint. Was meinen Sie dazu?

Jérôme Vignon : Nun, ich bin auch besorgt, und zwar darüber, dass Ihre Wahrnehmung so negativ ist, doch kann ich verstehen, wie Sie zu diesem Eindruck gelangen. Ich bin jedoch ganz im Gegenteil der Meinung, dass wir jetzt in eine Phase eintreten, die uns viele Möglichkeiten bietet. Der Trend scheint sich zu ändern. Ich bin mir sicher, dass es auf dem bevorstehenden Treffen des Europäischen Rates zu einer erheblichen Stärkung der sozialen Säule kommen wird. Die Kommission ist - insbesondere mit der Überprüfung ihrer sozialen Bestandsaufnahme - bereit, neue Möglichkeiten ins Auge zu fassen, wie der Zugang und Chancen für alle garantiert werden können. Wir müssen mit der Zivilgesellschaft und den Sozialpartnern zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass die soziale Eingliederung und der Sozialschutz im nächsten Lissabonner Zyklus für den Zeitraum 2008-2011 eine gute Stellung einnehmen, und zwar nicht nur als produktiver Faktor, sondern auch als Verpflichtung *per se.*

Jérôme Vignon

Wie soll dies erreicht werden?

Die Umsetzungsmechanismen der Lissabonner Strategie auf nationaler Ebene müssen die aktive Mitwirkung der Sozialministerien erleichtern, damit eine sozialere Perspektive sichergestellt wird. Die EAPN-Netzwerke haben eine sehr gute Ausgangsposition, um diese Aspekte weiterzutragen. Die Kommission und die Zivilgesellschaft haben natürlich nicht die gleiche Rolle. NRO wie das EAPN müssen klare Aussagen liefern, die auf ihren Kontakten zu Menschen beruhen, die von Armut betroffen sind, und zu Organisationen, die an der Basis arbeiten. Das kann sonst niemand machen. Ich halte es für wichtig, dass die gesamte OMK im Bereich Sozialschutz und soziale Eingliederung nicht dem Lissabonner Prozess unterworfen wird, denn dadurch könnte ihr Spielraum beschränkt werden. Wir müssen speziell auf die "Feeding-out"-Dimension pochen, in deren Rahmen Strategien für Wachstum und Beschäftigung aufzeigen müssen, wie sie die Prioritäten in Sachen Sozialschutz und der sozialen Eingliederung unterstützen. Die deutsche und die noch kommende portugiesische Ratspräsidentschaft in diesem Jahr haben sich bereits in dieser Hinsicht ausgesprochen. Der Runde Tisch, der dieses Jahr in Portugal sattfindet, könnte ein Schlüsselmoment werden, besonders auch angesichts der Tatsache, dass sich die Einführung von Portugals eigenem Mindesteinkommenssystem zum zehnten Mal jährt.

Wie sehen Sie die aktuellen Entwicklungen in der Diskussion um "Flexicurity"?

Es gibt ganz klar große Meinungsunterschiede zwischen den Mitgliedstaaten über die Frage, inwieweit das Arbeitsrecht flexibler gestaltet werden sollte. Die Verbesserung der allgemeinen Qualität von befristeten Verträgen oder Teilzeitjobs wird ein Kernthema sein. Zur Zeit haben wir eine Diskussion zwischen denjenigen, die auf qualitativ hochwertige Arbeitsplätze, eine adäquate Arbeitslosenunterstützung und Sozialschutz im Vorfeld drängen, und denjenigen, die größere finanzielle Belastungen befürchten. Ich möchte diese Diskussion nicht kritisieren und bin der Meinung, dass Flexicurity ein nützliches Konzept sein kann, wenn sie angemessene Einkommen und echte Unterstützung und Beratung als Teil eines konstruktiven

Beschäftigung und Arbeitslosigkeitsraten

	Besch (%)	AL (%)
Österreich	67,8	4,5
Belgien	63,3	9
Bulgarien	14	15
Tschechische Republik	64,2	8,3
Dänemark	69,1	5
Estland	75,7	5,4
Deutschland	63,1	9,7
Irland	66,3	4,5
Finnland	63	9,2
Frankreich	67,6	8,8
Griechenland	65	9,5
Ungarn	59,4	10,5
Italien	57,6	8
Lettland	62,3	9,8
Litauen	61,2	10,8
Luxemburg	61,6	4,5
Malta	73,1	7,3
Niederlande	73,1	4,6
Polen	51,7	18,8
Portugal	67,8	6,7
Rumänien	:	:
Slowenien	65,3	6
Slowakei	57	18
Spanien	61,1	11
Schweden	72,1	6,3
Vereinigtes Königreich	71,6	4,7
EU-25	**63,3**	**9**

Quelle: Beschäftigung in Europa 2005

Aktivierungsansatzes sicherstellt. Ich möchte auch betonen, dass das Konzept der Kommission für eine aktive Eingliederung, das sich für einen kombinierten Aktivierungsansatz, adäquate Einkommen für ein Leben in Würde und den Zugang zu qualitativ hochwertigen Dienstleistungen ausspricht, die Vision der "Flexicurity" ergänzt, da es auch die Situation derjenigen berücksichtigt, für die Arbeit keine Lösung darstellt, um der Ausgrenzung zu entfliehen.

Welche Wirkung hat das EAPN Ihrer Meinung nach auf die EU-Sozialpolitik?

Das EAPN ist ein wesentlicher Partner, speziell bei der offenen Methode der Koordinierung im Bereich soziale Eingliederung im Rahmen des gestrafften Prozesses. Die nationalen EAPN-Netzwerke sind jedoch nicht alle auf gleichem Niveau, vor allem was ihre Art anbelangt, europäische Themen anzugehen. Es ist von wesentlicher Bedeutung, dass die nationalen EAPN-Netzwerke die europäische Dimension nicht vergessen. Die vom EAPN mitorganisierten Treffen von Menschen, die von Armut betroffen sind, haben einen großen politischen Wert. Der Einfluss auf die Ministerinnen und Minister, die an diesen Treffen teilnahmen, ist stark, und dies wiederum wirkt sich auf deren Engagement bei Ratstreffen bzw. bei der Planung und dem Follow-up dieser Treffen aus. Das EAPN war insbesondere ein Schlüsselelement, das ein kontinuierliches politisches Engagement der EU bei der Beseitigung von Armut und sozialer Ausgrenzung sicherstellte. In dieser Hinsicht kommt dem EAPN im europäischen Integrationsprozess, der über wechselnde politische Stimmungen hinausgeht, eine Schlüsselrolle zu.

Wie sieht es mit den Vorbereitungen für das europäische Jahr gegen Armut 2010 aus?

Die Kommission fängt jetzt an, das Jahr vorzubereiten, und wir werden in Kürze einen Konsultationsprozess einleiten, um sicherzustellen, dass wir verstehen, was die verschiedenen Akteure wirklich von dem Jahr erwarten. Unsere Vorschläge werden dann wohl noch vor dem nächsten Runden Tisch zum Thema Armut und soziale Ausgrenzung angenommen werden, der im Oktober stattfindet. Unsere anfänglichen Überlegungen gehen dahin, die Entscheidungen über die Art der Veranstaltungen den Mitgliedstaaten und ihren Partnern auf nationaler Ebene zu überlassen, doch wird die EU natürlich eine wesentliche Rolle bei der Koordinierung dieser Initiativen übernehmen. Wir möchten dieses Jahr als eine Möglichkeit der Bewusstseinsschärfung sehen und auch als eine Möglichkeit, das Engagement der EU im Kampf gegen Armut stärker zu verankern. Wir müssen daher eng mit dem Europäischen Netzwerk gegen Armut zusammenarbeiten, damit sichergestellt wird, dass das Jahr vor allem auf nationaler Ebene stattfindet. Das europäische Jahr gegen Armut 2010 kann nur durch eine starke Beteiligung der Zivilgesellschaft zu einem echten Erfolg werden.

Interview: A. Gueudet

Die offene Methode der Koordinierung: Bald ein wirksames Instrument gegen Armut?

Um die offene Methode der Koordinierung (OMK) als wirksames strategisches Instrument im Kampf gegen Armut zu stärken, fordert das EAPN die folgenden spezifischen Änderungen:

· Eine Bewertung, welche Auswirkungen die Straffung auf die Aufmerksamkeit hat, die Armut zukommt;
· Eine übergreifende Arbeits-gruppe zum Thema Armut innerhalb der Kommission, in der auch NRO eine

Wie bewerten europäische Organisationen die Straffung?

AGE (die Europäische Plattform für ältere Menschen) und FEANTSA (die Europäische Föderation Nationaler Obdachlosenorganisationen) äußern sich zu den gestrafften Nationalen Berichten über Sozialschutz und die soziale Eingliederung 2006-2008.

AGE: Es werden mehr konkrete Vorschläge gebraucht"

Bei den jüngsten Nationalen Berichten hat AGE einige Hauptsorgen bezüglich des Berichterstattungsmechanismus und des politischen Inhalts ausgemacht.

Gestraffter Berichterstattungsmechanismus
Zwar sind die Berichte weniger beschreibend und enthalten einen strategischeren Ansatz als in der Vergangenheit, doch bedauert AGE, dass viele Berichte nach wie vor eher Aktualisierungen bestehender Programme und Maßnahmen sind als echte Pläne, die sich mit der Lösung der erkannten Probleme beschäftigen.

Der gestraffte Rahmen wird häufig nicht im Berichterstattungsprozess widergespiegelt, und die Verbindungen zwischen den Prozessen der sozialen Eingliederung, des Sozialschutzes sowie der Gesundheitsversorgung und der Langzeitpflege fehlen. Dies scheint auf eine feh-

lende externe und interne Koordinierung zwischen den verschiedenen Ministerien hinzuweisen, die an der Ausarbeitung der Berichte beteiligt sind.

Der politische Inhalt

Untersuchungen in der EU haben zwar ergeben, dass ältere Menschen stärker von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht sind als die restliche Bevölkerung, doch werden sie nur von wenigen Nationalen Berichten als Zielgruppe identifiziert.

In den Nationalen Berichten des letzten Jahres wurde einer Reihe von Themen zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt:

- Armutsrisiko durch den Wechsel von der staatlichen Rente zu Programmen der zweiten und dritten Säule;
- Familienkarrieren;
- Altersarmut, insbesondere bei älteren Frauen und älteren Migranten;
- Indexierung von Renten;
- Anwendung von Bedürftigkeitsprüfungen;
- Zugänglichkeit der Gesundheitsversorgung und der Langzeitpflege für die verletzlichsten Menschen.

Zwar wurden einige Fortschritte erzielt bezüglich der Art, wie Themen im Zusammenhang mit älteren Menschen in den jüngsten Berichten präsentiert und behandelt werden, doch fordert AGE konkretere Vorschläge und einen klaren Umsetzungszeitplan. All dies ist wesentlich, wenn es darum geht, sicherzustellen, dass die gestraffte Berichterstattung nicht zu einer bloßen bürokratischen Übung verkommt.

Maciej Kucharczyk
AGE, Verantwortl. Politik

Rolle übernehmen könnten;

· Aufwertung des Gemeinsamen Berichtes über Sozialschutz und die soziale Eingliederung und Beteiligung der Akteure an dessen Vorbereitung;

· Gleicher Schwerpunkt auf allen Prioritäten, d.h. nicht nur auf den beiden Hauptprioritäten aus dem Gemeinsamen Bericht;

· Mainstreaming von Armut und sozialer Eingliederung in den Gesundheits- und Rentenpfeilern des gestrafften Prozesses;

· Stärkeres Engagement der nationalen Parlamente und der regionalen Regierungsebenen;

· Effektive Überwachung der Umsetzung der nationalen Aktionspläne zur sozialen Eingliederung;

· Einführung einer "Hinterlassenschaftsverwaltung" bei den nationalen Aktionsplänen, um Ergebnisse und Auswirkungen für das europäische Jahr gegen Armut 2010 sicherzustellen.

FEANTSA: "Der Kampf gegen Obdachlosigkeit wurde eine Hauptpriorität"

Wie FEANTSA hat beobachtet, dass die Bekämpfung der Obdachlosigkeit und der bessere Zugang zu angemessenem Wohnraum Hauptprioritäten der EU-Strategie zur sozialen Eingliederung wurden. Die jüngst vorgelegten Nationalen Berichte der 27 EU-Länder bestätigen diesen Trend und zeigen Folgendes:

· Obdachlosigkeit und der Zugang zu angemessenem Wohnraum stellen für die EU-Mitgliedstaaten weiterhin Hauptprioritäten dar;

· Notwendig sind dringende Maßnahmen, um den Zugang zu angemessenem und erschwinglichem Wohnraum zu ermöglichen; außerdem muss verhindert werden, dass verschiedene Formen von Obdachlosigkeit und Ausgrenzung vom Wohnungsmarkt in Europa zunehmen;

· Das große Lernpotenzial bei Maßnahmen gegen Obdachlosigkeit und Ausgrenzung vom Wohnungsmarkt, das sich angesichts der Tatsache ergibt, dass viele EU-Länder gerade dabei sind, diesbezügliche Maßnahmen zu entwickeln bzw. zu überarbeiten.

· Wohnraum hat sich als wichtige Säule der EU-Strategie zur sozialen Eingliederung und zum Sozialschutz erwiesen, und zwar als ein wesentliches Element der Sozialhilfe in vielen Ländern;

· Einige Strategien gegen Obdachlosigkeit in den jüngsten Nationalen Berichten für 2006-2008 stärkten auch die Dimensionen Gesundheit und Beschäftigung.

Empfehlungen von FEANTSA, um den Prozess der sozialen Eingliederung voranzubringen:

· Wenn die EU einen wirklichen Beitrag zur Eindämmung der Armut leisten will, sind

klare gegenseitige Lernprozesse rund um die gesellschaftlichen Probleme zu entwickeln, die von der Strategie abgedeckt werden.
· FEANTSA schlägt vor, den transnationalen Austausch zwischen den verschiedenen relevanten Akteuren zu erleichtern, indem FEANTSA die eigene Sachkenntnis und die eigenen Kontakte nutzt, um die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Regierungsebenen und Partnern im Kampf gegen Obdachlosigkeit zu fördern. FEANTSA fordert die anderen thematischen Netzwerke auf, diesem Beispiel zu folgen.

Liz Gosme
FEANTSA, Verantwortl. Politik

Die vollständige Einschätzung von FEANTSA finden Sie unter http://feantsa.horus.be/code/EN/pg.asp?Page=663

STRAFFUNG - WAS IST DAS EIGENTLICH?

Am 5. November legte die Bundesregierung einen Plan ihrer Prioritäten für die EU-Präsidentschaft vor, die sie Anfang 2007 übernimmt.

Im März 2006 nahm der Europäische Rat einen neuen Rahmen für den Sozialschutz und den Prozess der sozialen Eingliederung an. Unter gemeinsamen Zielen wurden dabei die bestehenden offenen Methoden der Koordinierung (OMK) in den Bereichen soziale Eingliederung und Renten und der Kooperationsprozess im Bereich Gesundheitsversorgung und Langzeitpflege zusammengebracht.
Die übergeordneten Ziele der gestrafften OMK für Sozialschutz und soziale Eingliederung sind die Förderung von:
· sozialem Zusammenhalt, Gleichstellung von Männern und Frauen und Chancengleichheit für alle durch angemessene, zugängliche, finanziell tragfähige, anpassungsfähige und effiziente Sozialschutzsysteme und Maßnahmen für soziale Eingliederung;
· wirksamer Interaktion zwischen den Lissabon-Zielen ‚stärkeres Wirtschaftswachstum', ‚mehr und bessere Arbeitsplätze' und ‚größerer sozialer Zusammenhalt', unter Einbeziehung der EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung;
· guter Governance, Transparenz und Einbe-

Von nirgendwo nach ... irgendwo: Die Beteiligung aller Akteure am belgischen NAP/Eingl 2006-2008

Der Beitrag der Zivilgesellschaft zur Entwicklung der belgischen NAP zum Sozialschutz und zur sozialen Eingliederung wird gerne als Beispiel für aktive Teilhabe bejubelt. Das EAPN Belgien benötigte jedoch sechs Jahre, um diesen Punkt zu erreichen.

Ein ziemlich chaotischer Start

Das EAPN Belgien war enttäuscht von der Art und Weise, wie der erste belgische nationale Aktionsplan zur sozialen Eingliederung (NAP/Eingl) 2001 erstellt wurde. Obwohl die im Jahr 2000 in Nizza beschlossene vierte Zielsetzung der EU-Strategie zur sozialen Eingliederung die "Mobilisierung aller relevanten Akteure" forderte, sah sich die Zivilgesellschaft vom Prozess ausgeschlossen. Die belgische Regierung gestand dies in der Einführung zum ersten NAP sogar ein und versprach für die Zukunft eine Besserung.
Auch der zweite NAP/Eingl (2003) erwies sich für das EAPN Belgien als Enttäuschung. Zwar hatte es einige Verbesserungen gegeben, etwa durch die Task Force zum Follow-up der ca. 300 im NAP genannten Maßnahmen, doch blieb die Zivilgesellschaft erneut außen vor. Das EAPN Belgien war die einzige Nichtregierungsorganisation, die mit den sechs Regierungen des Landes bei der Entwicklung des zweiten nationalen Aktionsplans zusammengearbeitet hatte.

Ein allmähliches Erwachen ...

Beim Versuch, die ersten beiden NAP einzuschätzen, organisierte Belgiens föderale Regierung dann eine eintägige Konferenz mit allen in der vierten Zielsetzung von Nizza vorgesehenen Akteuren. Dabei stellte sich heraus, dass die meisten über die Existenz oder den Inhalt der NAP nicht Bescheid wussten, doch großes Interesse daran hatten, an deren Entwicklung beteiligt zu werden. Das EAPN Belgien nutzte diese Gelegenheit, um eine neue Funktionsweise für die Maßnahmen-Task Force vorzuschla-gen und auch Verbesserungen für die Erstellung des nächsten NAP zur sozialen Eingliederung, der mittlerweile nur noch NAP oder Bericht über den Sozialschutz und die soziale Eingliederung heißt. Die Behörde für soziale Eingliederung griff diesen Vorschlag auf, der von der interministeriellen Konferenz zur sozialen Eingliederung angenommen wurde.
Bereits im November 2005 begann das EAPN Belgien mit der Vorarbeit für den NAP zum

Sozialschutz und zur sozialen Eingliederung, der im September 2006 der Europäischen Kommission vorgelegt werden sollte. Um die Prioritäten des neuen NAP festzulegen, wurde ein erstes Treffen der neu gestalteten Maßnahmen-Task Force mit Vertretern der sechs Regierungen und allen relevanten Akteuren durchge-führt. Am Ende dieses Treffens Anfang Juli 2006 stand die gemeinsame Formulierung des Schlusstextes, der der interministeriellen Konferenz zur endgül-tigen Zustimmung vorgelegt wurde.

Wie sehen die Herausforderungen für die Zukunft aus?

Die Maßnahmen-Task Force tritt immer noch mit einiger Regelmäßigkeit zusammen. Das EAPN Belgien hält diese Treffen zwar für zu selten, doch bieten sie uns die Möglichkeit, den NAP zu überprüfen und unsere Arbeit auf die Zukunft auszurichten.

Das aktuelle System stellt im Vergleich zum Zeitraum des ersten NAP/soziale Eingliederung bereits eine bedeutende Verbesserung dar, und wir freuen uns, dass es im übrigen Europa als ein Beispiel für ein bewährtes Verfahren betrachtet werden kann.

Die belgische Regierung hat jedoch immer noch nicht die Grundvoraussetzungen in Angriff genommen, die eine vollständige Beteiligung der Menschen, die von Armut be-troffen sind, an diesem System der Vorbereitung, des Follow-up und der Bewertung ermöglichen. Wie sehen diese Grundvoraussetzungen aus? Es gilt, das Tempo dieser Menschen zu respektieren, aber auch auf ihren Bedarf an Unterstützung einzugehen, damit sie echte und vollwertige Akteure werden können. Das EAPN Belgien hat den Minister für soziale Eingliederung, dessen Aufgabe die Koordinierung der sozialen Eingliederungsstrategie ist, wiederholt aufgefordert, gemeinnützige Organisa-tionen mit den Mitteln auszustatten, die ihnen eine angemessene Vorbereitung auf den Prozess ermöglichen. Die ihm vorgelegten konkreten Vorschläge wurden bisher jedoch ignoriert.

Die belgische Regierung hat immer noch nicht die Grundvoraussetzungen für eine vollständige Beteiligung der Menschen, die von Armut betroffen sind, in Angriff genommen.

Ludo Horemans
EAPN Belgien

ziehung von Interessengruppen bei der Gestaltung, Umsetzung und Überwachung politischer Maßnahmen.

Weshalb straffen? Die Kommission hat bereits im Mai 2003 vorgeschlagen, die laufenden Arbeiten im Bereich Eingliederung und Renten sowie die geplanten Arbeiten zu Gesundheitsversorgung und Langzeitpflege zu "straffen" und zu einem Gesamtprozess zusammenzufassen. Damit wird ein doppeltes Ziel verfolgt: Die Schaffung einer stärkeren, sichtbareren OMK mit einem aufgewerteten Schwerpunkt auf Politikumsetzung, was zu einer positiven Interaktion mit der überarbeiteten Lissabonner Strategie führen wird und gleichzeitig die Berichterstattung vereinfacht und die Möglichkeiten für den politischen Ideenaustausch ausweitet.

2006 legten die EU-Mitgliedstaaten ihre ersten gestrafften nationalen Strategieberichte zum Sozialschutz und zur sozialen Eingliederung vor.

Weitere Informationen und Dokumente zum Thema Straffung finden Sie unter: http://ec.europa.eu/employment_social/social_inclusion/objectives_en.htm

Das fünfte Treffen von Menschen, die von Armut betroffen sind, fordert eine stärkere Beteiligung am EU-Prozess zur sozialen Eingliede-rung

"Wir haben ihnen (den politischen Entschei-dungsträgern) etwas anzubieten. Sie brauchen uns, um in Kontakt zu treten (mit der Realität).
Mit uns können sie bessere Gesetze entwerfen."
SCHWEDEN

Lissabon stellt die Teilhabe am Arbeitsmarkt für Migranten und ethnische Minderheiten nicht sicher!

Migranten und ethnische Minderheiten sind auf den Arbeitsmärkten der EU immer noch einer weitverbreiteten Diskriminierung ausgesetzt.

ährend die soziale Säule der Lissabonner Strategie für Wachstum und Beschäftigung darauf abzielt, soziale Ausgrenzung zu bekämpfen, lassen sich die Mitgliedstaaten bei der Umsetzung nötiger Maßnahmen für die Bekämpfung von Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt Zeit. Nach der Überprüfung der Nationalen Reformprogramme (NRP) von 2006 gelangte das Europäische Netzwerk gegen Rassismus (ENAR) zu der Ansicht, dass diese Initiativen die Diskriminierung, der Migranten und Minderheitengruppen ausgesetzt sind, nicht ausreichend angehen. Viele Beschränkungen auf dem Arbeitsmarkt, denen diese Gruppen begegnen, sind hauptsächlich auf multisektorale Diskriminierungsstrukturen zurückzuführen. Bestrebungen, ‚Wachstum und Beschäftigung in Europa im Rahmen des sozialen Zusammenhalts und der sozialen Nachhaltigkeit' zu fördern, müssen diesen komplexen Strukturen Rechnung tragen, wenn sie die Teilhabe mittels Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt effektiv unterstützen möchten.

Beschänkungen auf dem Arbeitsmarkt, den Migranten und ethnischen Minderheiten begegnen, sind hauptsächlich auf multisektorale Diskriminierungsstrukturen zurückzuführen

Die von den Mitgliedstaaten vorgelegten Nationalen Reformprogramme ließen allgemein Lösungsvorschläge für die Diskriminierung, der diese Gruppen ausgesetzt sind, vermissen. Speziell Minderheitengruppen fehlten in vielen Berichten komplett, und zwar in denen von Österreich, Belgien, Zypern, Dänemark, Estland, Finnland, Deutschland, Lettland und Malta. Unter den Berichten, die die spezifische Diskriminierung der beiden genannten Gruppen erwähnten, fanden sich nur sehr wenige, die sich mit dem politischen Mainstreaming befassten, das für eine effektive Bekämpfung dieser Probleme notwendig ist. Die beiden Berichte, die diesem Ziel noch am nächsten kamen, waren die des Vereinigten Königreichs und Dänemarks. Der dänische Bericht befasste sich allerdings nur mit Migranten.

Gruppen der Zivilgesellschaft, die an der Basis arbeiten, berichten von ernsten Folgen. In Portugal etwa leben viele Roma-Gemeinschaften vom Straßenhandel und in schockierenden Situationen der sozialen Ausgrenzung. Eingliederungsmaßnahmen konnten nicht die Bedingungen garantieren, die für eine Teilhabe dieser Gruppe am Arbeitsmarkt nötig sind. Die politischen Entscheidungsträger sind sich der Situation der Roma-Gemeinschaften nicht bewusst, was zu unflexiblen Maßnahmen führt, die den Eingliederungsbedürfnissen nicht Rechnung tragen. Diskriminierende Praktiken seitens der Arbeitgeber verschärfen das Problem noch weiter. Auf den 47 Seiten des portugiesischen Nationalen Reformprogramms werden die Roma nicht erwähnt und Minderheiten lediglich einmal kurz angesprochen.

In Irland, um ein weiteres Beispiel zu nennen, sind Minderheitengruppen Diskriminierung beim Zugang zum Arbeitsmarkt ausgesetzt, aber auch dann, wenn sie arbeiten. Diese Diskriminierung zeigt sich u.a. in einer Unterbeschäftigung, schlechteren Arbeitsbedingungen und ungleichen Aufstiegschancen. Asylsuchen-

Beim fünften Treffen von Menschen, die von Armut betroffen sind, das am 12. und 13. Mai 2006 in Brüssel stattfand, forderten die Teilnehmenden die politischen Entscheidungsträger aller Ebenen auf, die Beteiligung armer Menschen und der sie vertretenden NRO an der Vorbereitung und Überwachung der Nationalen Aktionspläne zum Sozialschutz und für soziale Eingliederung auszuweiten und zu verstärken.

"Die Beteiligung muss über simple öffentliche Treffen hinausgehen, und zwar hin zu einer wirklichen Beteiligung an der Ausarbeitung und den Verhandlungen", sagten die Teilnehmenden. "Eine Schwer-punktsetzung in den NAP sollte sein, die Menschen stärker dabei zu unterstützen, ihr Leben in die eigene Hand zu nehmen."

Es wurden einige positive Beispiele hervorgehoben, wie NRO in verschiedenen Ländern, beispielsweise in Polen, dem Vereinigten Königreich und Belgien, an der Erstellung der NAP/Eingl beteiligt wurden. Um eine effektive Beteiligung in Zukunft zu verstärken, wurde vorgeschlagen, für die Beamtinnen und Beamten, die für die NAP zuständig sind, Teilhabemethoden-Schulungen zu organisieren.

Siehe:
Bericht des fünften Treffens von Menschen, die von Armut betroffen sind:
http://www.eapn.org/code/en/publ_detail.asp?pk_id_content=2140

Bericht des zweiten Treffens von Menschen, die von Armut betroffen sind (mit dem Schwerpunkt Teilhabe):
http://www.eapn.org/code/en/publ_detail.asp?pk_id_content=684

de dürfen nicht arbeiten - was, wie NRO und unabhängige Untersuchungen hervorheben, eine negative Auswirkung auf die Eingliederung und die Gesundheit dieser Menschen hat. Das irische Nationale Reform-programm erwähnt Einwanderer lediglich zweimal auf 58 Seiten, und Maßnahmen, die für Minderheiten, speziell die Gemeinschaft der Travellers, gedacht sind, werden nicht genauer beschrieben.

Nach Ansicht des ENAR spiegeln die Mängel in den Nationalen Reformprogrammen das fehlende effektive Mainstreaming dieser Probleme in den integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung wider. Leitlinie Nr. 18 (‚Einen lebenszyklusbasierten Ansatz in der Beschäftigungspolitik fördern') erwähnt Diskriminierung eher indirekt: ‚Besonders vordringlich ist [...], die Diskriminierung zu bekämpfen, den Zugang Behinderter zur Beschäftigung zu fördern und Migranten und Minderheiten zu integrieren.' Gleichwohl wird Diskriminierung auf 36 Seiten lediglich in zwei Sätzen erwähnt, und keine der 24 Leitlinien konzentriert sich direkt auf Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt oder im Rahmen der Beschäftigung. Es kommt daher nicht überraschend, dass den Nationalen Reformprogrammen das politische Mainstreaming fehlt, das notwendig ist, um Hindernisse bei der Teilhabe von Migranten und Minderheitengruppen am Arbeitsmarkt wirkungsvoll anzugehen.

Stefanie Ligori
ENAR, Verantwortl. Politik
http://www.enar-eu.org/en/

.

Kombilohn und Mindestlohn in Deutschland Ein Situationsbericht!

Im Januar 2005 wurde in Deutschland die Sozialhilfe mit der Arbeitslosenhilfe zusammengelegt (Sozialgesetzbuch II oder auch "Hartz IV"). Danach können erwerbslose Personen nach 12 Monaten Arbeitslosigkeit und nach der Prüfung ihrer Bedürftigkeit "Arbeitslosengeld II" beantragen.

Das Leistungsniveau von Arbeitslosengeld II entspricht etwa der früheren Sozialhilfe und ist in der Mehrzahl der Fälle geringer als die abgeschaffte Arbeitslosenhilfe vor den Arbeits-markreformen 2005.

Mit der Einführung von Hartz IV besteht in der Bundesrepublik bereits heute ein Kombilohnsystem. Mit Hartz IV muß jetzt faktisch jede Arbeit angenommen werden, bei Ablehnung drohen Sanktionen. Für jedes noch so niedrig entlohnte Arbeitsangebot finden sich daher genügend Bewerber. Solche Personen können ihr geringes Erwerbseinkommen mit Arbeits-losengeld II kombinieren. Da ein Teil des Erwerbseinkommens nicht angerechnet wird, liegen die maximal erzielbaren Kombilöhne bei Familien mit Kindern bis zu 310 Euro über dem Niveau des Arbeitslosengeldes II, bei Familien ohne Kinder bis maximal 280 Euro.

Etwa drei Millionen Menschen, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen, sind theoretisch anspruchsberechtigt und könnten zusätzliche Leistungen durch Hartz IV beziehen. Im Jahre 2006 machten rund ein Drittel davon Gebrauch; erwartet wird, dass die Zahlen weiter steigen. Unter den Beschäftigten finden sich derzeit ca. 400.000 Vollzeitbeschäftigte, die Mehrzahl sind jedoch Beschäftigte in Teilzeit oder im Niedriglohnbereich.

Inzwischen sieht die Regierungsseite diese Entwicklung und die damit verbundenen Kosten

Große Unterschiede bei den gesetzlichen Mindestlöhnen innerhalb der EU

Im Januar 2006 hatten achtzehn der 25 EU-Mitgliedstaaten nationale Gesetze zur Regelung der gesetzlichen Mindestlöhne. Österreich, Zypern, Dänemark, Finnland, Deutschland, Italien und Schweden haben keine nationalen gesetzlichen Mindestlöhne, die bei der Mehrheit der Vollzeitarbeitskräfte des jeweiligen Landes anwendbar sind (doch kann es für bestimmte Personengruppen Mindestlohnsysteme geben, die z.B. vom Alter, der körperlichen oder geistigen Fähigkeit oder auch der wirtschaftlichen Lage des jeweiligen Unternehmens abhängen).

Was die Höhe des Mindestlohns in Euro anbelangt, lassen sich die Mitgliedstaaten in drei große Gruppen einteilen: In Lettland (129), Litauen (159), der Slowakei (183), Estland (192), Polen (234), Ungarn (247)

und der Tschechischen Republik (261) lagen die Mindestlöhne im Januar 2006 unter 300 Euro monatlich. Portugal (437), Slowenien (512), Malta (580), Spanien (631) und Griechenland (668) fielen mit Mindestlöhnen zwischen 400 und 700 Euro monatlich in die mittlere Gruppe. In Frankreich (1218), Belgien (1234), dem Vereinigten Königreich (1269), den Niederlanden (1273), Irland (1293) und Luxemburg (1503) lagen die Mindestlöhne bei über 1200 Euro im Monat.

Die Höhe der Mindestlöhne war also sehr unterschiedlich und reichte von 129 Euro monatlich in Lettland bis zu 1503 Euro monatlich in Luxemburg. Es ist darauf hinzuweisen, dass der Prozentsatz der Arbeitnehmer, die den Mindestlohn erhalten, ebenfalls von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat stark variierte und von weniger als 1 % in Spanien bis zu 18 % in Luxemburg reichte.

Diese Zahlen stammen von Eurostat, dem Statistik-Dienst der Europäischen Union

mit Sorge, Teile der Bundesregierung stellen die Kombilohnregelung von Hartz IV in Frage. Insgesamt seien Ansprüche zu beschneiden. Begründet wird dies mit mangelnden Arbeitsanreizen beispielsweise bei Teilzeitjobs; die Menschen richteten sich in der Arbeitslosigkeit ein. Des weiteren wird eine mißbräuchliche Praxis unterstellt, da Personen oft nur Tätigkeiten in genau dem Umfang annähmen, der im Rahmen von Hartz IV erlaubt sei.

Dagegen befürchten die Gewerkschaften, daß Unternehmer den Kombilohn ausnutzen, um niedrigere Löhne durchzusetzen. Denn wenn die Beschäftigten Anspruch auf einen Kombilohn haben, bedeuteten 100 Euro weniger Lohn oftmals nur einen Verlust von 20 Euro im verfügbaren Einkommen. Vom Kombilohn in Hartz IV gehe ein verschärfter Druck zu Lasten von besser bezahlten Arbeitsplätzen aus. Um eine Erosion der Erwerbseinkommen zu beenden, müßte ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt werden.

Die Kombilohnregelungen in Verbindung mit dem Arbeitslosengeld II sind so von zwei Seiten unter Druck geraten: Einerseits von der Bundesregierung, die wachsende Kosten befürchtet, und andererseits von den Gewerkschaften, die darin die Gefahr von Lohndumping erblicken und mit großem Nachdruck einen gesetzlichen Mindestlohn fordern.

Es wäre aber eine fatale sozialpolitische Entwicklung, wenn bei einer Kompromißfindung innerhalb der Bundesregierung der bestehende Kombilohn abgebaut wird zu-gunsten einer flächendeckenden Mindest-lohnregelung. Denn bei den bisher vorge-schlagenen Mindestlöhnen kann zwar ein Single-Haushalt existieren, nicht jedoch eine Familie mit ein oder zwei Kindern, eine ver-mehrte Kinderarmut wäre bei einer Mindestlohnregelung ohne Kombilohn absehbar.

Eine sozialpolitisch vernünftige Lösung aus Sicht der Wohlfahrtspflege kann daher nur lauten, bei Einführung von Mindestlöhnen auf keinen Fall die bestehenden Kombilohnelemente im Arbeitslosengeld II einzuschränken. Kombilohn wie Mindestlohn sind wichtige arbeitsmarktpolitische Elemente, um Armut trotz Erwerbstätigkeit zu vermeiden.

Dr. Rudolf Martens
Der Paritätische Wohlfahrtsverband - Gesamtverband

BULGARIEN IN ZAHLEN

· Bevölkerung (Juli 2005): 7 450 400 Millionen
· Anteil der von Armut bedrohten Personen (Einkommen unterhalb 60 % des nationalen Einkommensmittelwerts) (2004): 15 % (Männer: 13; Frauen: 17; Kinder: 22)
· Beschäftigungsquote (2005): 55,8 % (Männer: 60; Frauen: 51,7)
· Arbeitslosenquote (2005): 10,1 % (Männer: 10,3; Frauen: 9,8)
· Jugend-Arbeitslosenquote: 22,3 % (15-24 Jahre)
· Personen in erwerbslosen Haushalten (2006): 11,6 % der Erwachsenen (Studierende nicht mitgezählt) und 14,5 % der Kinder

Nachrichten aus Bulgarien

EAPN Bulgarien: Eine Mischung aus Erfolgen und Misserfolgen

Das bulgarische Netzwerk gegen Armut trat im Jahr 2003 als erstes Netzwerk eines Beitrittslandes dem EAPN bei. Wir sprachen mit Douhomir Minev, dem Präsidenten von EAPN Bulgarien

EAPN: Welche Auswirkungen hatte die bulgarische Übergangszeit auf die Arbeit der sozialen NRO?

Douhomir Minev: Der dritte Sektor hat sich in Bulgarien aus einem spezifischen politischen, sozialen und wirtschafltichen Kontext entwickelt. Im Verlauf der 17 Übergangsjahre folgte seine Entwicklung den Etappen der öffentlichen Intervention.

Die erste Übergangsphase (bis zum Jahr 2000) wurde von zahlreichen externen, zum größten Teil nicht aus der EU stammenden Spendenprogrammen dominiert, was zu unzähligen Einzelprojekten, starken internen Konflikten, einer geringen Fähigkeit zum Networking und einer schwachen Beteiligung der

Zivilgesellschaft an den Reformen führte. Der Staat übernahm einen Laissez-faire-Ansatz, während die Deregulierung die zivilen Organisationen beim Umgang mit den wachsenden Unsicherheiten sich selbst überließ.

In der zweiten Phase (nach dem Jahr 2000) gab es eine bescheidene Rückkehr zur "Resozialisierung" der NRO, was sich u.a. in Partnerschaften zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor, einem kommunalen Ansatz, der Förderung der NRO als Dienstleistungsanbieter und einer Beschränkung der Einflussnahme und Lobbyarbeit der NRO widerspiegelte. Die Vorschriften tendieren immer stärker zu einer Zentralisierung der Programme und einer aktiven Förderung von regierungsfreundlichen NRO, was zu deren Isolation und anhaltenden tiefen Gräben führt.

Soziale NRO haben trotzdem schon seit Beginn der Übergangszeit versucht, die Arbeit in Netzwerken zu entwickeln. Bereits 1998 haben Netzwerkbefürworter aktiv versucht, die interne Kompetenzerweiterung durch das Knüpfen von Verbindungen zu NRO und Netzwerken der EU zu unterstützen. Seit dem Jahr 2000 konnten sich bulgarische Vertreter an den Aktivitäten des EAPN Europa beteiligen, was ihnen in Bezug auf die Lissabonner Agenda den nötigen ‚frischen Wind' brachte sowie Möglichkeiten, EU-Praktiken an Ort und Stelle kennen zu lernen und zu überwachen. Dadurch beschleunigten sich die Prozesse, die im Jahr 2003 zur Gründung des nationalen EAPN Bulgarien führten.

Wie sieht das EAPN Bulgarien aus?

Das EAPN Bulgarien setzt sich aus NRO zusammen, die gemeinsame Werte teilen: Die bestehende Armut in Bulgarien ist inakzeptabel und angesichts unserer expandierenden Wirtschaft unangemessen; Maßnahmen müssen in Hinblick auf Armut und soziale Ausgrenzung bewertet werden; Armut und soziale Ausgrenzung können nur durch aktive Teilhabe an den Entscheidungsprozessen bekämpft werden. Die Netzwerk-NRO arbeiten für und mit verschiedenen verletzlichen Gruppen (Kinder, Frauen, ethnische Minderheiten, Menschen mit Behinderungen, Menschen mit einer psychischen Erkrankung, Arbeitslose usw.) und beteiligen sich an einer Reihe von Aktivitäten (Lobbyarbeit, Bereitstellung von Informationen und Dienstleistungen, Untersuchungen usw.).

Das Netzwerk hat auf verschiedenen Seiten Anerkennung gefunden. Seine Vertreter sind an der Arbeit höherer nationaler Organe beteiligt (wirtschaftlicher und sozialer Rat, Rat für psychische Gesundheit, verschiedene Arbeitsgruppen des Ministeriums für Arbeit und Sozialpolitik etc.) und haben auch an der Erarbeitung wichtiger nationaler Dokumente teilgenommen (JIM, nationaler Aktionsplan gegen Armut und soziale Ausgrenzung, Aktionsprogramm zur "Entwicklung der Humanressourcen" usw.).

Wie sehen die künftigen Herausforderungen aus?

Trotz der erzielten Fortschritte stehen die sozialen NRO in Bulgarien bei ihren Bemühungen, nationale Entwicklungen positiv zu beeinflussen und Fähigkeiten und Visionen von der europäischen Ebene in nationale Praktiken zu übertragen, riesigen Herausforderungen gegenüber.

Die Erfolge und Schwächen des EAPN Bulgarien spiegeln die Entwicklungstendenz sozialer NRO in einer stark zersplitterten Gesellschaft wider, deren Fähigkeit zur Eingliederung und zur Beteiligung der Öffentlichkeit gering ist. Die sozialen Dimensionen der nationalen Maßnahmen müssen unbedingt überdacht werden, und die Beteiligung der sozialen NRO an der Entwicklung, Umsetzung und Überwachung einer echten, weitreichenden nationalen Strategie gegen Armut ist zu verstärken.

Interview: A. Gueudet

.

Das EAPN Bulgarien feiert die EU-Mitgliedschaft

EU - Integration und Armut in Bulgarien

Nach dem Beitritt zur EU: Wie sieht es aktuell mit Armut und sozialer Ausgrenzung in Bulgarien aus

Am 1. Januar 2007 feierte Bulgarien seinen Beitritt zur EU. Seit bereits 17 Jahren ist die EU-Integration quasi das einzige gemeinsame Ziel der bulgarischen Gesellschaft - ein Ziel, das mit großen Hoffnungen auf Verbesserungen und Weiterentwicklungen verbunden ist. Das Land hat bei seiner wirtschaftlichen Neuordnung große Schwierigkeiten durchlebt, die auf die Schwäche der demokratischen Institutionen, die geringen Bürgerrechte und den lückenhaften rechtlichen Rahmen in den Übergangsjahren zurückzuführen waren. Diese Schwierigkeiten führten zu einer immensen gesellschaftlichen Krise, die von einer enormen Minderung des Lebensstandards (um 70 %), hohen Armutsraten, einer hohen Arbeitslosigkeit, Ungleichheiten und Emigration, einem starken Druck auf die sozialen und wirtschaftlichen Rechte, einer gesellschaftlichen Spaltung und einer anti-solidarischen Tendenz gekennzeichnet war.

Im Jahr 2006 lag die monatliche Sozialrente bei etwa 32 Euro, die monatliche Mindestrente betrug 44 Euro und der monatliche Mindestlohn etwa 70 Euro.

Die ersten zehn Übergangsjahre wurden von einer desorganisierten Privatisierung, einer übertriebenen Liberalisierung und Deregulierung beherrscht, was an Stelle kollektiver Maßnahmen für öffentliche Güter Entlassungen und überflüssige Ressourcen produzierte. Die von der Weltbank initiierten und finanzierten Reformen des Gesundheits- und Rentensystems, der Sozialdienste und des Bildungswesens folgten einer ähnlichen Richtung und grenzten große Bevölkerungsgruppen aus.

Der EU-Integrationsprozess und die Lissabonner Agenda begannen erst in den Jahren 2000-2002 national eine Rolle zu spielen, wodurch die Sozialpolitik aufgewertet und ihre Stellung innerhalb des politischen Wertesystems der Gesellschaft verändert wurde. Die offizielle Arbeitslosenquote sank von 18 % im Jahr 2002 auf weniger als 10 % im Jahr 2006.

Armut und soziale Ausgrenzung wurden in den Gemeinsamen Memoranden für die soziale Eingliederung (2004) und den nationalen Aktionsplänen offiziell als Probleme anerkannt. Die entstehende Anpassung an die europäischen Prozesse spiegelte sich im nationalen Entwicklungsplan (2005) wider, in dem eingestanden wurde, dass Bulgarien die höchste Armutsrate der 27 Mitgliedstaaten hat (13 Mal höher) und in dem die "arbeitenden Armen" zu den verletzlichen Gruppen gezählt wurden. Zur Zeit bemüht sich der Sozialminister, eine offizielle Armutsgrenze festzulegen, die auf dem Konsum von grundlegenden Gütern und Dienstleistungen basiert.

Das nationale Reformprogramm (2006-2009) mit dem Titel Mehr Wachstum und Arbeitsplätze, das zur Zeit ausgearbeitet wird, stellt jedoch wieder einen Rückschritt dar. Nach Beispiel der überarbeiteten Lissabonner Agenda werden Armut und soziale Ausgrenzung kaum erwähnt. Außerdem nennt das Programm nur minimalistische soziale Ziele und basiert auf dem "Trickle down"-Ansatz des Internationalen Währungsfonds sowie einer weiteren Liberalisierung der Dienstleistungen von allgemeinem Interesse. Im Großen und Ganzen scheint die überarbeitete Lissabonner Strategie auf Bemühungen hinaus-zulaufen, die sich auf Wirtschaftswachstum und Arbeitsmarktmaßnahmen konzentrieren und bei denen es sich häufig nur um eine finanzielle Unterstützung für Unternehmen durch Regierungsgelder und EU-Mittel handelt.

Das bulgarische Bruttoinlandsprodukt ist nach dem Jahr 2002 konstant gestiegen (um durchschnittlich 4 % jährlich), doch führte dies zu keinerlei Anstieg der Grundeinkommen: Im Juli 2006 lag die monatliche Sozialrente bei etwa 32 Euro, die monatliche Mindestrente betrug 44 Euro, der monatliche Mindestlohn etwa 70 Euro und der monatliche Durchschnittslohn ca. 125 Euro. Daten zur subjektiven Armut geben für den gesamten Zeitraum an, dass sich etwa 80 % der Bevölkerung arm fühlen, während sich die Politik immer weiter von den Menschen entfernt und keine klaren und akzeptablen sozialen Perspektiven bietet.

Bulgarien benötigt dringend eine nationale Strategie gegen Armut, die darauf abzielt, Ursachen für Armut und Ausgrenzungsmechanismen zu kontrollieren und zu reduzieren; außerdem braucht das Land ein umfangreiches Indikatorensystem zur Überwachung der Entwicklungen. Diese Strategie sollte Transparenz und eine Überwachung durch die Öffentlichkeit bieten, muss auf einer breiten öffentlichen Unterstützung anstatt auf unternehmerischen Interessen basieren und gemeinsame soziale Ziele für den Gebrauch der Strukturfonds festlegen.

Maria Jeliazkova
Verantwortl. Politik, EAPN Bulgarien

Kirchen verlangen von EU mehr Armutsbekämpfung

Brüssel (KNA) - Die Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) und der Wohlfahrtsdachverband Eurodiaconia rufen die EU-Staats- und Regierungschefs zu einem energischeren Kampf gegen Armut auf.

Seit Jahren versprächen die EU-Mitgliedstaaten, soziale Ausgrenzung zu bekämpfen, ohne dass dies Folgen habe, beklagten KEK und Eurodiaconia am Mittwoch in Brüssel. Am Vortag des EU-Gipfeltreffens riefen sie die Ratsvorsitzende, Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), zu einem Aktionsplan auf.

Es gelte, die wachsende Kluft zwischen Reichen und Armen in der EU zu verringern, denn Solidarität sei die Voraussetzung für den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft. KEK und Eurodiaconia betonen, dass Menschen nicht nur als Humankapital und Produktionsfaktoren betrachtet werden dürften. Rund 72 Millionen Menschen in Europa lebten mit dem Risiko der Armut. In der KEK sind rund 125 protestantische, anglikanische, orthodoxe und altkatholische Kirchen zusammengeschlossen. Eurodiaconia ist der Dachverband von 43 den reformierten, anglikanischen und orthodoxen Kirchen verbundenen Wohlfahrtsorganisationen.

(KNA - 2716)

Nach-druck

Kostenloser Bezug bei:
nak, Karlstraße 40, D-79104 Freiburg
ISBN-Nr: 978-3-7841-1693-8
November 2006

Nachrichten aus dem Netz möchte Diskussionen zu bestimmten Themen anregen. Die geäußerten Ansichten müssen dabei nicht unbedingt denen des EAPN entsprechen. Wenn Sie uns Ihre Meinung zum Inhalt dieser Ausgabe mitteilen möchten, schicken Sie uns bitte eine E-Mail an **team@eapn.skynet.be**

Chefredakteur: Fintan Farrell
Verantwortl. Veröffentlichung: Audrey Gueudet

EAPN, rue du Congrès, 37-41 (Bte 2) - B-1000 Brüssel
Tel.: +32 2 230 44 55 - Fax: +32 2 230 97 33 - E-Mail:

team@eapn.skynet.be - Website: www.eapn.org

Mit Unterstützung
- **der Europäischen Kommission und**
- **des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen, Jugend**